

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	X
A. <u>Einführung</u>	1
I. Problemstellung und Gang der Untersuchung	1
II. Begriffliche Grundlegung	7
1. Der Begriff der politischen Planung	7
a) Grundelemente	7
b) Definitiverischer Abgrenzungsversuch	11
2. Der Planungsverbund auf Bundesebene	11
Erster Teil: Notwendigkeit, Hauptfunktionen und Entwicklung der politischen Planung bis 1969	15
B. <u>Die Begründung der Notwendigkeit     politischer Planung</u>	15
I. Gewandeltes Verständnis der Staatsaufgaben	15
II. Das Erfordernis der Zukunftsantizipation	18
III. Die steigende Komplexität und Inter- dependenz staatlicher Aufgaben	21
IV. Der Zwang zur Prioritätensetzung	23
V. Das Bedürfnis nach einem Bezugsrahmen für dezentrale Entscheidungsträger	24
C. <u>Hauptfunktionen der politischen Planung</u>	27
I. Die Informationsfunktion	27
II. Die Koordinationsfunktion	30
III. Die Integrationsfunktion	32
IV. Die Anstoßfunktion	35
V. Die Kontrollfunktion	36

D.	<u>Zur Entwicklung der politischen Planung</u>	39
	I. Die Herausbildung von Planungsansätzen bis 1969	39
	1. Planungsansätze unter Adenauer	40
	2. Vorarbeiten unter Erhard	43
	3. Weichenstellungen durch die Große Koalition	47
	II. Erfahrungen mit der mittelfristigen Finanzplanung als weitestentwickeltem Planungsinstrument	57
	1. Zur Kennzeichnung der Finanzplanung	57
	2. Typische Schwachstellen	59
	3. Verfassungspolitische Aspekte	62
	Zweiter Teil: Die systemgerechte Regelung der Planungsbefugnisse - Determinanten einer Lösung der Kompetenzfrage und Möglichkeiten der Planungsorganisation -	70
E.	<u>Der Standort der politischen Planung im parlamentarischen Regierungssystem</u>	70
	I. Zur Relevanz der Fragestellung	70
	II. Ist die "Plangewalt" eine vierte Gewalt?	73
	1. Die neue Dimension politischer Planung	74
	a) Folgen gewandelter Anforderungen an staatliches Handeln	74
	b) Die Vorverlagerung politischer Entscheidung im Planungsprozeß	76
	2. Folgerungen	79
	III. Bestimmungsgründe ihrer Einordnung zwischen Regierung und Parlament	81
	1. Das sich wandelnde Spannungsverhältnis im Parteienstaat	81
	a) Wirkungen der zeitlichen Gewaltenteilung	82
	b) Die Funktion der Staatsleitung	86
	2. Gewichtsverschiebungen	90
	a) Die wachsende Präponderanz der Exekutive	92
	b) Die These vom wachsenden Kompetenzverlust des Parlaments	96

3. Konsequenzen für die Zuweisung der Planungsbefugnisse	103
IV. Grundlinien einer Plangewaltenteilung	108
1. Befugnisse der Regierung	109
2. Umriss parlamentarischer Mitwirkung	111
F. <u>Möglichkeiten der Planungsorganisation im Regierungsbereich</u>	114
I. Kennzeichnung der Binnenstruktur der Bundesregierung nach Art. 65 GG	115
1. Das Kanzlerprinzip	115
2. Das Ressortprinzip	121
3. Das Kabinettsprinzip	126
II. Die Einordnung der Planungsorganisation	130
1. Alternative Anbindungsmöglichkeiten im Rahmen des Art. 65 GG	130
a) Die Zuordnung zum Bundeskanzler	131
b) Möglichkeiten und Grenzen der Ressortplanungen	137
c) Das Kollegialprinzip als Anknüpfungspunkt	145
2. Vorschläge, welche die Systematik von Art. 65 GG in Frage stellen oder durchbrechen	152
a) Die Bildung eines "Superministeriums" für politische Planung?	152
b) Die Übernahme des Modells eines "inneren Kabinetts"?	164
c) Auslagerung der politischen Planung auf Institutionen außerhalb des staatlichen Machtapparates?	169
III. Grundzüge und Restriktionen der politischen Planung seit 1969	176
1. Die Grundstruktur des Planungsverbundes	176
a) Die Institutionalisierung von Planungsbeauftragten in den Ressorts	177
b) Die Planungsabteilung im Bundeskanzleramt	180
c) Die Verzahnung beider Ebenen im Verbundsystem	183

2. Restriktionen derzeitiger politischer Planung	187
a) Das Vorwiegen negativer Koordination	187
b) Isolierte Fach- und Querschnittsaufgaben	194
c) Unzureichende Fach- und Leitungsinformation	199
IV. Folgerungen für die Planungsorganisation	204
1. Befürwortung des funktionsadäquaten Zusammenspiels der Institutionen des Art. 65 GG unter Betonung des Kabinettsprinzips	204
2. Organisatorische Konsequenzen	213
G. <u>Die parlamentarische Mitwirkung im Bereich der politischen Planung</u>	222
I. Zur Bedeutung der parlamentarischen Mitwirkung	222
II. Der Zeitpunkt der Einschaltung des Parlaments	227
1. Der Grundsatz frühzeitiger Beteiligung	227
2. Abwarten eines "gewissen Reifegrades" der Planungen	231
3. Begrenzte Analogie zur Gesetzgebungspraxis	233
4. Jederzeitige eigene Planungsinitiative des Parlaments?	236
5. Das Prinzip gestufter Einschaltung	239
III. Formen parlamentarischer Mitwirkung	241
1. Informations- und Untersuchungsrechte des Parlaments	242
2. Mitwirkung bei der Festlegung "großer Optionen"	252
3. Recht auf Verlangen nach Alternativen?	258
IV. Organisatorische Folgerungen	265
1. Institutionalisierung eines Planungsausschusses	266
a) Zur Notwendigkeit des Ausschusses	267

b) Die Zusammensetzung des Planungsausschusses	271
c) Aufgaben des Planungsausschusses	275
d) Qualifizierte Minderheitenrechte zur Wahrung der oppositionellen Kontrollfunktionen	280
2. Auf- und Ausbau von Hilfseinrichtungen	285
a) Verbesserte Ausstattung des Parlaments	286
b) Erweiterung wissenschaftlich- technischer Einrichtungen der Fraktionen und Parteien	293
<b>H. <u>Schlußbetrachtung</u></b>	307
<b>Literaturverzeichnis</b>	319